

Reichstag stattfinden wird, mit der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlande beschäftigt. Minister Dr. Stresemann beabsichtigt, bei den Befehlshabern einen neuen diplomatischen Schritt vorzunehmen, um die Einleitung von Verhandlungen zu ermöglichen. In der deutschen Antwortnote war bekanntlich an die alliierten Regierungen die Aufforderung gerichtet worden, die Beschlüsse der Militärkontrollkommission in der Entwaffnungsfrage näher zu begründen. Deutscherseits will man nun den alliierten Regierungen den Vorschlag unterbreiten, die Nachprüfungen in der Entwaffnungsfrage zum Gegenstand besonderer Verhandlungen zu machen, während dagegen über die Räumungsfrage nach Möglichkeit sofort verhandelt werden soll.

Die belgischen Kriegsgerichte.

Ein 1914 gefallener Major zum Tode verurteilt.

Berlin, 20. Januar. (Draht.) Zur Nachricht über die Verurteilung des Majors Heyne, der vom belgischen Kriegsgericht in Namur in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, veröffentlicht der „Berl. Lokalanz.“ eine Zuschrift des ältesten Sohnes des Majors Heyne, der mitteilt, daß sein Vater bei Kriegsausbruch Kommandeur des Reserve-Hularen-Regiments Nr. 8 war und am 2. November 1914 vor Ypern gefallen sei. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof in Eisenach.

Die Danziger Frage vor dem Völkerbund.

Genf, 20. Januar. (Draht.) Der Direktor der Verwaltungsabteilung des Völkerbundes, in der die Danziger Fragen bearbeitet werden, Colban, ist aus Danzig wieder in Genf eingetroffen und hat dem Generalsekretär des Völkerbundes über den Danzig-Polnischen Zwischenfall Bericht erstattet. Ueber das weiter einzuschlagende Verfahren wird strengstes Stillschweigen beobachtet, doch hört man, daß diese Frage dem Rat für seine Märztagung überwiesen werden soll. Der Rat wird in dieser Tagung zu zwei Fragen Stellung zu nehmen haben: 1) Ist Polen berechtigt gewesen, Briefkästen im Danziger Gebiet anzubringen? 2) Ist der Völkerbundskommissar zu Verwaltungsmaßnahmen für die Entfernung der Briefkästen berechtigt? Wie weiter behauptet wird, ist damit zu rechnen, daß die polnischen Briefkästen vor der Ratstagung und dem Ratsbeschluß aus Danzig entfernt werden.

Erhöhung der Grenzen für Rentenkürzung.

Berlin, 20. Januar. Das Reichsarbeitsministerium hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium mit Wirkung vom 1. Dezember v. J. ab die Einkommengrenze des § 62 des Reichsversorgungsgesetzes (Kürzungsbestimmungen bei gewissen Einkommen) erhöht. Arbeitseinkommen aus öffentlichen Mitteln oder aus Privateinkommen bis zu 360 Mark bleiben für verheiratete Versorgungsberechtigte ohne Kinder von der Kürzung verschont. Für jedes Kind, für das Versorgungsgebühren nach dem Reichsversorgungsgesetz gezahlt werden, erhöht sich die Einkommengrenze um 50 Mark monatlich. In der Summe von 360 Mark sind aber sämtliche nach § 13, Abs. I/VII und § 59 des Einkommensteuergesetzes zulässigen Abzüge berücksichtigt. Für den ledigen Versorgungsberechtigten ohne Kinder ist die Kürzungsfreie monatliche Verdienstgrenze dreihundert Mark.

Eine Konferenz der Barmat-Gläubiger.

Berlin, 21. November. (Draht.) In der Angelegenheit Barmat fand mehreren Blättern zufolge im neuen Berliner Kriminalgericht eine Konferenz der Gläubiger statt. Vertreten waren das Reichspostministerium, die anderen Gläubiger, sowie die drei verhafteten Brüder Barmat und der Untersuchungsrichter. In einem notariellen Vertrag erklärten sich die Barmats bereit, ihr gesamtes im In- und Ausland befindliches Vermögen der zu gründenden Treuhandgesellschaft zu übergeben. Es soll eine gleichmäßige Befriedigung sämtlicher Gläubiger versucht werden. Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, gewisse unrentable Betriebe des Barmatkonzerns abzustufen, andere dagegen neu zu organisieren und unbedingt weiter zu führen. An die Spitze des Verwaltungsrates der Treuhandgesellschaft wird der Rechtsanwalt Dr. Kohlen treten, der Rechtsbeistand des Reichspostministeriums ist.

Ein neuer Kreditkandal.

Die Landeskreditkasse Kassel.

Kassel, 20. Januar. (W. L. B.) Wegen eigenartiger Vorgänge bei Kreditgewährungen an eine hiesige Industrie-Firma seitens der Landeskreditkasse Kassel sind auf Anordnung des Untersuchungsrichters der Leiter der Sanktabteilung der Landeskreditkasse, Landesrat Dr. Koppe, und die Kaufleute Wilhelm und Fritz Kapenstein, die früheren Inhaber der Firma W. Kapenstein, verhaftet worden. Gegen alle drei ist die gerichtliche Untersuchung wegen Bestechung und Betruges eingeleitet worden.

Schulfragen vor dem Sächsischen Landtag.

Dresden, 20. Januar. Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung teilte Präsident Winkler mit, daß die kommunistische Abgeordnete Frau Schlag aus Chemnitz aus der kommunistischen Fraktion und Partei ausgetreten sei, aber ihr Mandat weiterbehalte. Demgegenüber erklärte Abg. Kerner (Komm.), daß Frau Schlag bei Uebnahme des Mandats sich ehrenrührig verpflichtet hätte, es bei etwaigem Austritt an die Partei zurückzugeben. Sie sei also in die Reihe der Arbeiterkandidaten eingetreten. (Gelächter.) Auf eine kurze Anfrage von vorkommunistischer Seite betreffend politische Betätigung in einer Schule, wurde von einem Regierungsvertreter bekanntgegeben, daß die Lehrerschaft verpflichtet sei, die Politik aus der Schule zu lassen.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Schulgesetzgebung an die Gemeindeförderung für den Freistaat Sachsen, das sogenannte Anpassungsschulgesetz, das hierauf in Schlußberatung genommen werden sollte, wurde gegen wenige Stimmen zunächst noch einmal an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

Das Haus trat sodann in die Beratung der weiteren zehn Punkte der Tagesordnung ein, nämlich Anträge und Anfragen in Schlußangelegenheiten. Nach der Begehung der einzelnen Anträge durch die Antragsteller bezug die Berichterstatter der Ausschüsse fand eine mehrstündige Aussprache statt, in der sowohl von sozialdemokratischer und kommunistischer, wie auch von demokratischer Seite die Dentschrift des Volksbildungsministeriums über die Schule in Sachsen scharf kritisiert wurde.

Für die Demokraten sprach der Abg. Claus. Bezeichnend für die Einstellung dieses Redners der Presse gegenüber war es, daß er dem Volksbildungsministerium deshalb Vorwürfe machte, daß es die Dentschrift zuerst der Presse zugänglich gemacht hatte. Die Dentschrift hätte erst dem sächsischen Lehrerverein vorgelegt werden müssen.

Abg. Siegert (Deutschnat.) wandte sich mit Entschiedenheit gegen solche Annahme. Die Volksschule sei Sache des Staates und des Volkes und unterstehe keiner Lehrgewerkschaft, möge sie sich nennen wie sie will. Durch die Veröffentlichung der Presse seien die Ergebnisse der Dentschrift auch dem großen Kreis der Elternschaft bekannt geworden und diese hätten mindestens daselbe Recht darauf gehabt, wie die Lehrervereinigung. Im übrigen beweiße die Unschicklichkeit und Nervosität, die die vorhergegangenen Redner an dem Tag legten, die Schwäche ihrer Position. Der Redner bemängelt dann, daß die Dentschrift nichts über das wichtigste Gebiet des Religionsunterrichts enthält und betont noch besonders, daß die Dentschrift beweise, daß die Beunruhigung, die in weiten Elternkreisen über die Volksschule herrscht, zum guten Teil begründet ist.

Unterrichtsminister Dr. Kaiser stellt ebenfalls fest, daß die Klagen und Befürchtungen in den Elternkreisen über die Volksschule ernster und häufiger sind, als die Lehrerschaft zugeben will und daß die Klagen namentlich auch aus den Kreisen der Beschäftigten kommen. Das Mißtrauen gegen die Volksschule sei nun einmal da und müsse endlich beseitigt werden. Der Minister wandte sich dann gegen die Kritik in der Presse der Lehrervereinigung und erinnerte daran, daß der frühere sozialdemokratische Kultusminister gegen solche Kritik mit Hilfe der Gerichte und des Republikuschutzes vorgegangen sei. Er denke nicht daran, sich gegen seine Kritiker in der gleichen Weise zu wenden.

Nach weiterer Aussprache wurde der sozialdemokratische Antrag auf Befehl des Religionsunterrichtes in den vier Schuljahren abgelehnt gegen die Stimmen der Gruppe der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Das gleiche Schicksal erfuhr ein weiterer Antrag, der für den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen die feierliche Verordnung wiederhergestellt haben wollte. — Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Vereinfachung der Verwaltung, Polizeianglegenheiten.

Neues aus aller Welt.

— Verhaftung des Hauptmanns a. D. v. Heydebreck. Wie die Presseabteilung der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung mitteilt, ist der frühere Reichstagsabgeordnete und Hauptmann a. D. v. Heydebreck gestern auf Veranlassung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wegen Beteiligung an den anlässlich des Hitlerputsches im November 1923 in Oberschlesien entstandenen Unruhen verhaftet worden.

— Starker Nebel an der Unterelbe. Die Blätter melden aus Hamburg, daß die Elbmündung und die Unterelbe bis zum Hamburger Hafen seit Sonntag in dichtem Nebel liegen. Seit Montag abend ist in den Hamburger Hafen kein von See kommendes Schiff mehr eingelaufen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig begann am Dienstag ein Hochverratsprozess gegen den Maurer Kurt Pochalek aus Baugen-Seidau, der Organisationsleiter und nach der Anklage auch militärischer Leiter der K. P. D. in Baugen war. Er hatte im Herbst 1923 Waffendiebstähle in der Rintnerschen Fabrik veranlaßt. Es handelte sich um unbrauchbares, zum Verschrotten bestimmtes Material. Die gestohlenen Waffen wurden beim Arbeiter Urban in Stiebig untergebracht. Der Waffendiebstahl ist bereits durch das Schöffengericht abgeurteilt worden. Pochalek wird außerdem beschuldigt, zur Bildung von Terrortruppen aufgefordert zu haben, die namentlich Spitzel und Polizeibeamte, sowie Verräter beseitigen sollten. Ferner soll er die Abhaltung nächtlicher Uebungen verlangt haben und Aktionen der Bauigner Kommunisten in Bischofswerda vorbereitet haben, während die Bischofswerdaer Kommunisten nach Baugen kommen sollten. Die Verhandlungen dürften zwei Tage in Anspruch nehmen.

Bezirksversammlung des Militärvereins-Bundesbezirks Baugen.

Am vergangenen Sonntag vormittags von 11 Uhr an hielt der Bezirk Baugen des Sächsischen Militärvereinsbundes im Saale des „Weißen Hof“ eine außerordentliche Bezirksversammlung ab, zu der von 154 Vereinen 136 Vertreter erschienen waren, so daß nur 18 Vereine nicht vertreten waren. Der Saal hatte durch die entfallenen Fahnen der Bauigner Militärvereine einen besonderen Schmuck erhalten. Bezirksvorsteher Major a. D. Klemm eröffnete und leitete die Versammlung und gab seiner Freude Ausdruck über das zahlreiche Erscheinen der Vereinsvertreter sowie weiterer Vereinsmitglieder; insbesondere begrüßte er das ersichtliche Ehrenmitglied Herrn General Straube. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Herr Bezirksvorsteher der Verdienste des Kameraden Schochert-Bischofswerda, der 32 Jahre dem Bezirksvorstand angehört hat und voriges Jahr ausgeschieden ist. Mit Freuden wurde Kenntnis genommen, daß der Vorstand beschloffen hat, Kamerad Schochert zum außerordentlichen Bezirksvorstandsmittglied zu ernennen, wofür derselbe herzlich dankt. Sodann führte Herr Major Klemm die Versammlung 54 Jahre im Geiste zurück an einen der wichtigsten Erinnerungstage der deutschen Geschichte, den Tag der Gründung des deutschen Reiches, den 18. Januar 1871. Damals lautete es in des Kaisers erster Proklamation u. a.: „Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Uns aber und unsere Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Befestigung.“ Deutschland stieg auf zu einem großen, einem schönen Vaterlande. Dann kam der Weltkrieg und nach ihm der Schandfrieden von Versailles mit der Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege. Aufklärend tätig zu sein, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der Kameraden, die an führender Stelle in unserem Bereich stehen. Die Militärvereine müssen sein und bleiben eine Pfingststätte wirklich nationaler und vaterländischer sowie christlicher Gesinnung, treuer Kameradschaft und ein Hort für Gerechtigkeit und Ordnung. Wir wollen auch pflegen die Anhänglichkeit an unsere alte ruhmreiche Wehrmacht und gute kameradschaftliche Beziehungen zur Reichswehr. Die Ansprache klang aus in einen heiligen Treuschwur auf das geliebte deutsche Vaterland durch dreimaligen Hurrauf.

Hebergehend zur Tagesordnung erfolgte durch den Bezirksvorsteher die Verpflichtung der neu gewählten Vereinsvorsitzer Jurad-Grädig, Handtschid-Brohna, Jenker-Wehrsdorf und Schmoschke-Schönbrunn. Eine vielseitige Aussprache wachte der wichtigste Punkt der Tagesordnung, der obligatorische Bezug des Bundesblattes. Diese Angelegenheit hat schon mehrfach Bezirk und Vereine beschäftigt. Prinzipiell ist man im allgemeinen für den pflichtmäßigen Bezug des Militärvereinsblattes, nur sprechen hier und da die dadurch bedingten Beitragserhöhungen dagegen. Die Aussprache gipfelte in folgendem Antrag, der mit Mehrheit angenommen wurde: „Die heute in Baugen tagende Bezirksversammlung stellt sich ganz auf den Beschluß der Bundesversammlung vom Juli 1924. Wünsche betreffend der Organisation und der Redaktion des Blattes behalten wir uns vor.“ Somit ist der pflichtmäßige Bezug des Bundesblattes beschlossen.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung berichtete Kamerad Ludwig-Baughen über den Stand der Jugendpflege, insbesondere in der Stadt Baugen. Kamerad Klingert-Bischofswerda berichtete über die Kriegerfürsorge in Bischofswerda und teilte mit, daß am 23. d. M. daselbst im Schützenhause eine Versammlung stattfand. Kamerad Rechenberger-Baughen machte verschiedene Mitteilungen über das Versicherungswesen des Bundes und bat die Vereinsvorsitzer um Mitteilung von Obmannern. Einen warmen Appell zur rührigen Mitarbeit an der Fürsorge für die Kriegsoptiker richtete Kamerad Petrich-Baughen an die Versammlung. Einladungen ergingen seitens des Grenadiervereins Baugen durch Kamerad Röber zum 20jährigen Stiftungsfeiertag nebst Fahnenweihe und Grenadiervertretertag am 14. Juni, sowie seitens des Vereins Riederputzkau zur Fahnenweihe am 17. Mai. Mitgeteilt sei ferner, daß gegen nur eine Stimme (Militärverein Bischofswerda) beschlossen wurde, als Bezirksabgabe im Jahre 1925 pro Wertesjahr und Kopf 5 $\frac{1}{2}$ zu erheben. Der Vorsteher teilte außerdem mit, was ja auch bereits durch die Tageszeitungen bekanntgegeben, daß bezüglich des Waffentrages und Abgabe von Ehrenfeuer seitens der Militärvereine nunmehr die betreffenden Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 17. Oktober 1876 wieder gelten.

In pietätvoller Weise gedachte der Bezirks-Vorsteher des zur „großen Armee“ abberufenen Generals Warcker, worauf sich die Versammlung zum Zeichen der Trauer von den Plätzen erhob. Nachdem noch verschiedene Auskünfte erteilt und Anregungen gegeben, feierte und dankte die Versammlung ihrem reichverdienten Vorsteher, Herrn Major Klemm, in berebten Worten seitens des Kameraden Jeller-Baughen. Mit einem Hoch auf die Kameradschaft schloß der Bezirksvorsteher $\frac{1}{2}$ Uhr die anregend verlaufene Versammlung.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 21. Januar.

Milde Winter.

Von überall her kommen Berichte, daß ob des frühlingsmäßigen Wetters die Natur sowohl in der Pflanzen- als auch in der Tierwelt sonderbare Launen zeige. Doch der Winter ist ein wenig vertrauenswürdiges Wesen. Wer weiß, was er uns noch bringen kann, und ob von ihm schließlich nicht doch noch gilt: kernfest und auf die Dauer?

Alle Chroniken berichten uns aus früheren Jahrhunderten von solchen Wintern, in denen es weder Frost noch Schnee gab, aber das kalte Frühjahr „alles verderbte“, ja davon, daß Sommer und Winter gewissermaßen ihre Rollen vertauscht hätten. So war der Sommer des Jahres 1538 sehr kalt; hingegen trugen die Jungfern auf das Neujahr Kränze von Blüten und Kornblumen. Besonders bemerkenswert ist der Winter 1186. Im Dezember hatten, wie auch schon 1172, Raben und andere Vögel Junge. Schon im Januar blühten in Thüringen und im Harz die Bäume und im Februar sah man Äpfel von der Größe der Walnüsse auf den Bäumen. Ende Mai war Ernte. Anfang August hatte man schon Rost. Ebenso blühten genau ein Jahrhundert später Bäume und Rosen schon im November und Dezember, und aus Niedersachsen wird berichtet, daß zu Weihnachten die Kinder in den Pfaffen badeten. Ein warmer Winter ohne Schnee und Eis war auch 1289. Um Weihnachten grünten die Bäume. Schon im Februar gab es reife Erdbeeren, im April blühende Weinstöcke. Im Jahre 1328 war es ähnlich und die Ernte bereits um Pfingsten. Der Chronist fügt jedoch hinzu: „Alle Gemächse geblieben gut und überflüssig“, aber bereits um Jacobi (25. Juli) war alles wie im Herbst. Ebenso war 1420 die Obstfrucht sehr früh und die Ernte schon um Pfingsten. Auch dieses Jahr war gut und alles reichlich. Auch der Winter 1427/1428 hatte keinen Schnee und keinen Frost, so daß schon im Dezember die Bäume blühten. Noch merkwürdiger sind die Winter von 1557, 1619 und 1624. Im Jahre 1557 blühten die Bäume schon im Herbst. Im Michaeli (29. September) gab es Erdbeeren und wenig später Rosen. Ebenso blühten 1619 die Rosen im Oktober und November. 1624 hütelte man zu Weihnachten die Röhre

auf den Z... ähnlicher... von sehr... richtig. So... Ueberfließ... fehlt.

Bew... Winter, 1178 war... tretende... men schne... Frost ein... Wein und... Beilchen... Glogapf... triebes... reichlich... Winter n... Der... zu melde... mäßigen... und „ble... sehr rar... Witterun... sehen.

— *... seinen 50... brachten... Kammern... 5 1/2... chung ein... dem Jah... 9 Jahren... hat er es... geben de... gönnt je... Kollegien... *

— *... hüriger... Verforgu... Reichsart... gestellt, a... fono ob... haben, a... sel in de... Rechnung... zwingen... empfäng... res“ ab... Rente au... aber, di... Empfang... spätesten... am Bau... Anträge... Gleiche... malle er... nisse er... Empfang... auf ein... *

— *... A.-T. h... Vor Ein... der im... Erheben... dann er... gruppe... liefsten... Ortsgru... betrug 2... 13 statig... testverfa... tion an... lung me... Kreisvor... wurde be... raden bo... für diese... notwende... heiten n... abgewie... gamifia... Beratun... leitete w... Ortspre... vieler K... haltigen... ihm für... teit. E... Anträge... Der mi... wurde... zen aus... treter d... sogar in... zulegen... hinter d... Der W... engenen... E ch n e... sfer K... wurden... gänge i... ren Ein... Rodma... Mitglie... keine E... 7. Mär... selben... der Ort... anmeld... hinein... arbeit... Kriegs... *

— *... Donner... geschä... ihm die... Mit ein... borer... *

— *... *

— *... *